



Der falsche Weg!

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun muss ich doch noch einmal auf die Corona-Pandemie zurückkommen, insbesondere ihre wirtschaftlichen Auswirkungen. Damit knüpfe ich an die Ausführungen in meiner Kolumne „Das Coronavirus III“ von Mai/Juni 2020 an. Wie ist die Ausgangslage?

Nach übereinstimmender Aussage aller wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute wird Deutschland, das medizinisch im internationalen Vergleich bisher ganz gut durch die Coronakrise gekommen ist, 2020 einen **Wirtschaftseinbruch** von nahe 6 % des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr erleiden. Unabhängig davon, ob es eine zweite Infektionswelle im Herbst/Winter geben wird, werden sich in den kommenden Monaten die Ankündigungen zahlreicher Unternehmen realisieren, in großem Umfang ihr Personal zu reduzieren, d. h. Beschäftigte zu entlassen, die dann den Arbeitsmarkt belasten werden. Gleichzeitig wird es – insbesondere im Mittelstand – zu einer Welle von Firmenzusammenbrüchen und Betriebsschließungen kommen, weil viele Unternehmen aufgrund ihrer Branchenzugehörigkeit bzw. ihres Unternehmensgegenstands die Folgen des über Monate währenden Lockdowns nicht überleben werden.

Dass diese unerfreulichen Effekte nicht schon früher eingetreten sind, liegt daran, dass die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Landesregierungen unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie ein **Füllhorn von finanzwirksamen Maßnahmen** über die Wirtschaft ausgedossen hat, bestehend aus Zuschüssen, günstigen Krediten, Steuerstundungen u.s.w. Insgesamt umfasst der Rettungsfonds der Bundesregierung ein Volumen von 600 Mrd. Euro. Weil das alles schnell gehen musste und schnell gegangen ist, hat es in der Organisation des Verteilungsprozesses Unschärfen und Fehler gegeben. Einerseits, insbesondere bei den Zuschüssen, war das Antragsverfahren so lasch, dass Mitnahmeeffekte und kriminelle Betrugsfälle geradezu vorprogrammiert waren. Andererseits waren und sind die Vergaberegeln für einzelne Programme so bürokratisch, dass die bereitgestellten Mittel einfach nicht abgerufen werden.

Das wichtigste von der Bundesregierung zur Verfügung gestellte Instrument zur Stabilisierung der Wirtschaft und ihrer Beschäftigten ist zweifellos das **Kurzarbeitergeld** (die Arbeitsagentur trägt einen bestimmten %-Satz des Nettolohns und die darauf entfallenden Sozialversicherungsbeiträge, der Arbeitgeber kann steuer- und sozialversicherungsfrei aufstocken). Das Kurzarbeitergeld war für viele Unternehmen extrem hilfreich, die Zeit des totalen Coronalockdowns zu überstehen, ohne wesentliche Teile der Belegschaft freisetzen zu müssen. So weit so gut.

Aus dem Beschriebenen wird klar, dass es sich bei dem Kurzarbeitergeld um eine temporär wirkende Maßnahme zur Beschäftigungssicherung handelt. Deshalb ist die **maximale Laufzeit des Kurzarbeitergelds** gesetzlich auch auf 12 Monate beschränkt. Und nun geht die Bundesregierung hin und verlängert die Maximallaufzeit auf 24 Monate. Damit reicht die Laufzeit der Begünstigung bis in die Zeit der nächsten Bundestagswahl. Ein Schelm der Böses dabei denkt!

Meschede, September/Oktober 2020

Damit einher geht eine andere ordnungspolitische Sünde. Normalerweise muss ein Unternehmen spätestens drei Wochen nach Eintritt des Insolvenzgrundes **Insolvenzantrag** stellen. Die Marktwirtschaft lebt von der Transparenz: Es soll verhindert werden, dass ein krankes Unternehmen andere gesunde infiziert. Mit Beginn der Corona-Pandemie hat die Bundesregierung im März die Pflicht, einen Insolvenzantrag zu stellen, zunächst bis September ausgesetzt. Vor Kurzem hat sie beschlossen, diese Aussetzung bis zum Jahresende zu verlängern.

Namhafte Wirtschaftswissenschaftler beschreiben es als „**Zombifizierung der Wirtschaft**, wenn Unternehmen, die bereits vor der Coronakrise mangels wettbewerbsfähigen Geschäftsmodells nicht überlebensfähig waren, nun durch staatliche Finanzhilfen und eine Aussetzung der Insolvenzantragspflicht künstlich am Leben erhalten werden. Deutsche-Bank-Chef **Christian Sewing** warnte kürzlich zum Auftakt der Handelsblatt-Bankentagung in Frankfurt: „Wenn jedes sechste Unternehmen in Deutschland durch Rettungsgelder und faktisch ausgesetzte Insolvenzanmeldungen ein Zombie wird, dann hat das gravierende Auswirkungen auf die Produktivität unserer Volkswirtschaft.“ Die Auskunftei Creditreform schätzt die Zahl der verdeckt überschuldeten Unternehmen auf 550 000 ein, nach der geplanten Erweiterung der Aussetzungspflicht auf 700 000 bis 800 000. Im Ergebnis werden Pleiten und **Insolvenzen nur zeitlich verschoben**, und von Tag zu Tag wächst die Gefahr, dass derzeit noch gesunde Firmen mit in den Abgrund gerissen werden.

Wir haben nun eine beklagenswerte Situation, in der zwei für sich genommen schon bedenkliche Faktoren zusammentreffen: einerseits die uns Deutschen offenbar eigene Intention, Wohlstand und Existenzsicherung immer in erster Linie vom Staat zu erwarten (darüber habe ich bereits in einer früheren Kolumne geschrieben) und andererseits die Neigung des Staates zu einer Geste des permanenten Rettungsmodus, die zu einer Narkotisierung der Volkswirtschaft durch Geld aus der Notenpresse führt. „**Die Vergangenheit wird auf Kosten der Zukunft gerettet.**“ (Gabor Steingart)

Auf seiner Internetseite fragt das Wirtschaftsministerium fast schon auffordernd: „Welche Coronahilfe passt zu mir und zu meinem Unternehmen?“ Das klingt schon sehr nach „Wer hat noch nicht, wer will noch mal?“ Insgesamt hat sich der Staat in eine Rolle gedrängt, in der er sich durch Beteiligungen und Darlehen substanziell in die Realwirtschaft einmischt. Ein Staat, der nicht überlebensfähige Unternehmen künstlich am Markt hält, bestraft damit gleichzeitig erfolgreiche Mitbewerber, die besser wirtschaften. Für einen Aufschwung aus der Krise braucht es freien Wettbewerb und das Ringen um beste Lösungen statt Scheinsicherheit durch Staatseingriffe. Letztlich gilt die Erkenntnis von **Charles Darwin**: „**Es ist nicht die stärkste Spezies, die überlebt, auch nicht die intelligenteste, sondern diejenige, die am ehesten bereit ist, sich zu verändern.**“ Deshalb sind wir auf dem falschen Weg!

Es grüßt Sie Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage www.dr-rieden.de